

Besonders viele Fälle an Schulen und am Arbeitsplatz

Die Schweiz verzeichnete 2025 mit 1245 dokumentierten Fällen einen Höchststand der rassistischen Diskriminierung. Besonders betroffen: schwarze Menschen und Muslime.

Publiziert: 26.04.2026 um 10:29 Uhr

Aktualisiert: 26.04.2026 um 15:02 Uhr

Darum gehts

✦ KI-generiert, redaktionell geprüft

- 2025 wurden 1245 Diskriminierungsfälle in der Schweiz dokumentiert und analysiert
- Schwarze Menschen sind am stärksten von Rassismus betroffen
- Antimuslimischer Rassismus hat am meisten zugenommen

War diese Zusammenfassung hilfreich?



Ja



Nein



Sara Belgeri

Redaktorin

Rassistische Diskriminierung geschieht überall. Das zeigen die Vorfälle, die im neuesten Rassismus-Bericht des Bundes aufgelistet werden. Etwa im Zug, wo eine Frau von einem Mann rassistisch beleidigt wurde und dieser sie, als sie ihn daraufhin filmte, tätlich angriff. Oder in der Schule, wo ein muslimischer Junge von seinem Lehrer wegen seiner Religion angeschrien und beleidigt wurde.

Im vergangenen Jahr haben Beratungsstellen insgesamt 1245 Diskriminierungsfälle dokumentiert und ausgewertet. Dies geht aus dem noch unveröffentlichten Bericht der Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus (EKR) und der Organisation humanrights.ch hervor, der Blick vorliegt.

Schwarze Menschen am häufigsten diskriminiert

Gegenüber dem Vorjahr entspricht dies einem Anstieg von drei Prozent. Damit bewegen sich die Fallzahlen weiterhin auf hohem Niveau, nachdem sie im Jahr zuvor um nahezu 40 Prozent gestiegen waren. Insgesamt haben die Fälle einen neuen Höchststand erreicht. Die Dunkelziffer dürfte noch deutlich höher liegen. So schreiben die Autorinnen und Autoren im Bericht: «Wir gehen aber auch dieses Jahr davon aus, dass die Fälle, die im Beratungsnetz erfasst werden, nur die Spitze des Eisbergs sind.»

Wie in den Jahren zuvor waren mit 406 Fällen auch 2025 am häufigsten Schwarze Menschen von Diskriminierung betroffen. So meldete sich etwa ein Schwarz gelesener Mann bei der Beratungsstelle, weil er an einem Bahnhof rassistisch beschimpft wurde und Todesdrohungen erhielt.

Antimuslimischer Rassismus nimmt zu

Laut den Autorinnen und Autoren des Berichts haben Beratungsfälle, bei denen es um antimuslimischen Rassismus ging, am meisten zugenommen. So waren insgesamt 281 Menschen davon betroffen. 113-mal waren die Diskriminierungen gegen Menschen aus dem arabischen Raum gerichtet.

95 der gemeldeten Fälle betrafen Personen aus dem asiatischen Raum. Als antisemitisch werden 60 der Ereignisse eingestuft. Der Bericht führt hier das Beispiel einer Studentin auf, die aufgrund ihres jüdischen Nachnamens eine Absage für ein WG-Zimmer hielt und beschimpft wurde.

Die meisten Vorfälle ereigneten sich im Bildungsbereich und am Arbeitsplatz. Das beunruhigt Nora Riss (36), Leiterin des Beratungsnetzes für Rassismuspfer bei humanrights.ch. «Eigentlich müssten die Institutionen selbst in der Lage sein, angemessen zu reagieren», sagt sie. Dass viele Betroffene stattdessen externe Hilfe suchten, zeige, dass die bestehenden Strukturen zu kurz greifen würden. «Gerade weil häufig Kinder und Jugendliche betroffen sind, ist das besonders problematisch.»

«Rassismus bleibt in der Schweiz ein strukturelles Problem»

Für Ursula Schneider Schüttel (64), Präsidentin der EKR, ist aufgrund der konstant hohen Fallzahlen klar: «Rassismus bleibt in der Schweiz ein strukturelles Problem.»

Weshalb nehmen die Fälle Jahr für Jahr zu? Internationale Konflikte oder migrationspolitische Debatten könnten rassistische Einstellungen verstärken, was wiederum zu mehr rassistischer Diskriminierung führen könne, so Schneider Schüttel. «Gleichzeitig ist die gestiegene Zahl auch ein Zeichen dafür, dass Betroffene Diskriminierung vermehrt melden.»

Im vergangenen Jahr verabschiedete der Bundesrat erstmals eine nationale Strategie gegen Rassismus und Antisemitismus. Sie soll unter anderem das Monitoring verbessern, Betroffene besser schützen und Rassismusprävention institutionell verankern.

Strategie allein reicht nicht

Ursula Schneider Schüttel begrüsst diesen Schritt grundsätzlich. Doch eine Strategie allein genüge nicht, betont die Präsidentin der Antirassismuskommission. «Es braucht auch die notwendigen Ressourcen, damit die Massnahmen wirksam umgesetzt werden können.» Derzeit sei dies nicht gegeben. Zudem sieht sie Handlungsbedarf bei den rechtlichen Grundlagen: «In der Schweiz besteht kein ausreichender Schutz vor Diskriminierung.»

Die EKR fordert deshalb ein umfassendes Gleichbehandlungsgesetz, mehr Mittel für Beratungsstellen sowie eine stärkere Prävention durch Bildung und Sensibilisierung. Ebenso brauche es klar geregelte Zuständigkeiten auf allen staatlichen Ebenen.

Entscheidend sei, dass Massnahmen langfristig angelegt seien und die strukturellen Ursachen von Rassismus gezielt angegangen würden.